# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 179 — Freitag, den 18. November 1927 — 45. Jahrgang


# Sturmszenen im englischen Unterhaus

## Macdonalds Mißtrauensantrag gegen die Regierung — Um die Regelung der Kohlenkrise
## Drohung mit neuem Bergarbeiterstreik — Baldwins Flucht aus dem Parlament

**London.** Die Bergbaudebatte im Unterhaus wurde Mittwoch durch den Mißtrauensantrag Ramsay Macdonalds eingeleitet, der sofortige Maßnahmen für die Sicherung einer wirksamen Produktions- und Verkaufsorganisation des Bergbaues sowie Hilfsmaßnahmen für die Zahl der unbeschäftigten oder verkürzt arbeitenden Bergarbeiter verlangte. Bei der Begründung des Antrages durch Macdonald kam es zu lebhaften Szenen, die den Sprecher veranlaßten, die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen. Macdonald erklärte weiter, das große Problem für den Kohlenbergbau sei die Umbildung von Kohlen in Kraft und in dieser Hinsicht sei Großbritannien wesentlich hinter den kontinentalen Ländern zurück. Die Frage, wie Kohle in Oel und andere wertvolle Beiprodukte verwandelt werden könne, sei wesentlich für die Fortdauer der nationalen Prosperität. Es handele sich hier nicht um die Frage der Profite für die an der Kohlenindustrie unmittelbar beteiligten Personen, sondern um eine Frage des allgemeinen Wohls. Die Regierungspolitik in der Arbeitslosenfrage, die den größten Teil des Volkes einfach dem Armenrecht überweise, habe vernichtende Folgen. Die Regierung halte optimistische Reden, lasse aber eine Lösungsmöglichkeit nach der anderen vorübergehen. Macdonalds Rede folgte ein sehr starker Beifall, während der Handelsminister Cunliffe Lister mit einem Sturm von Zwischenrufen empfangen wurde.

Im Anschluß an Macdonalds Rede kam es zu einem Zwischenfall, als an Stelle Baldwins der Handelsminister Lister antworten wollte. So oft der Minister sich anschickte, seine Rede zu halten, wurde er von der Opposition durch Lärm unterbrochen, bis Baldwin das Haus verließ und die Sitzung unterbrochen wurde.

## Die Arbeiterpartei für eine englisch-amerikanische Flottenbeschränkung

### Chamberlain zur Schiedsgerichtsklausel.

**London.** Eine Interpellation des Arbeiterparteilers Lord Parmoor gab Mittwoch im Oberhause die Veranlassung zu einer außenpolitischen Debatte. Lord Parmoor hatte die Regierung gefragt, ob sie bereit sei, die Schiedsgerichtsklausel des Internationalen Schiedsgerichtshofes anzunehmen und durchweg eine Friedenspolitik im Sinne der Schiedsgerichtsbarkeit und der allgemeinen Abrüstung zu treiben. Lord Cecil kam noch einmal auf die Gründe zu sprechen, die ihn zu seinem Austritt aus dem Kabinett zwangen. Er schloß sich Lord Parmoors Standpunkt an, indem er erklärte, daß eine Einigung Englands und Amerikas in der Seeabrüstungsfrage für den Weltfrieden von entscheidender Bedeutung sei. Lord Balfour entgegnete namens der Regierung, daß England im Interesse seiner Sicherheit auf die Erhaltung der kleineren Schiffseinheiten bedacht sein müsse. Die Interpellation Lord Parmoors erwiderte Lord Cecils Nachfolger im Völkerbund, Mac Neills, dahingehend, daß besonders die Dominien gegen die Annahme der Schiedsgerichtsklausel seien, da sie die Heere und Unabhängigkeit des Empire gefährde. Mit Lord Parmoor stimme er aber darin überein, daß Sicherheit, Schiedsgerichtsbarkeit und Abrüstung als Mittel der Friedenssicherung unzertrennbar seien.

**London.** Im Unterhaus wurde an den Außenminister die Frage gerichtet, ob die britische Regierung nunmehr bereit sei, die obligatorische Schiedsgerichtsklausel des Internationalen Gerichtshofes im Haag anzunehmen. Chamberlain erwiderte, daß die entsprechende Entschließung der Völkerbundsversammlung gegenwärtig von der Regierung erwogen werde. Er sei im Augenblick nicht in der Lage, den bereits früher in dieser Frage abgegebenen Erklärungen etwas hinzuzufügen.

## Das sechste Jahr faschistischer Zeitrechnung

Rom, im November 1927.

„Ist denn das Ganze wirklich ernst zu nehmen?“ wird man oft von Ausländern gefragt, die ein Stück des faschistischen Films vor ihren Augen haben abrollen sehen und zuviel Aufmachung darin finden. Sie haben das Bewußtsein eines starken Einschlags von Unechtheit und machen sich andererseits klar, daß ein Bluff doch nicht gut fünf Jahre dauern kann. Da ihnen bei allem guten Willen nicht allzuviel daran liegen kann, den Dingen auf den Grund zu gehen, beruhigen sie sich dann bei der Eigenart des italienischen Nationalcharakters, finden den Effekt sehr malerisch und trösten sich damit, daß in ihrem Lande so etwas nicht möglich wäre. Hie und da gibt es auch solche, denen diese Gewißheit nicht zum Trost, sondern zum Kummer gereicht.

Der Faschismus wieder konstatiert, daß sich das Ausland ausgiebig mit ihm beschäftigt, daß der Name Mussolinis in allen Kontinenten widerhallt, und meint: wie könnte dem so sein, wenn wir nicht eine weltgeschichtliche Bewegung wären?

Nun ist aber der Faschismus weder als Ganzes ernst zu nehmen, noch ist er als Ganzes Bluff. Er ist gerade als das ernst zu nehmen, als das er in jedem Lande im Ansatz besteht, und ist Bluff in einem guten Teil seiner Erscheinungsformen. Das erklärt und rechtfertigt das große Interesse des Auslandes. Da heute in allen Ländern eine antidemokratische, der freien Forschung feindliche Bewegung besteht, die ein Zurück zum Absolutismus in der Politik, in der Wissenschaft und in der Moral anstrebt, so ist es von großem Interesse, sie da genau zu verfolgen, wo sie zum erstenmal die Regierungsmacht erlangen konnte. Anstatt den ganzen Faschismus als ein Produkt des italienischen Nationalcharakters zu erklären, täte man wohl besser, das spezifisch Italienische in den günstigen Möglichkeiten zu sehen, die eine internationale Zeitströmung sich zuerst in Italien verwirklichen ließen. Dieser Verwirklichung günstig waren vor allem die große Unfähigkeit der herrschenden Kreise, der Tiefstand der Bildung der breiten Volksschichten, eine allen Schichten eigene politische Skepsis, die die Wirklichkeit nie allzu tragisch nehmen läßt, und die lange Gewöhnung an Fremdherrschaft. Fügt man die Kriegsenttäuschung, die Nachkriegszerrüttung der Nerven und der Wirtschaft hinzu, so hat man etwas wie eine Vorstellung von dem Boden, in den die faschistische Aussaat fiel, wobei man immer noch bedenken muß, daß die Erklärung ja nicht nur in dem Charakter der den Faschismus erduldenden Schichten zu suchen ist, sondern auch in dem seiner Träger. Wer kann entscheiden, ob die Verschiedenheit mehr in dem Nachgeben der Unterdrückten als in der Brutalität des Angriffs liegt? Man pflegt zu sagen: kein andres Volk in Europa hätte sich so etwas bieten lassen. Vielleicht kommt man der Wahrheit näher, wenn man sagt: in kaum einem andern Volk hätte die Reaktion derartige Formen der Roheit als Massenerscheinung gezeitigt.

Ernst zu nehmen ist der Faschismus in all den Mitteln seiner Machtbehauptung, die sich ganz offen als Anklammerung an die Herrschaft kennzeichnen; Bluff ist er in seiner Kulturmission, seinen Weltherrschaftsansprüchen und seiner Volksbeglückung. Das eine wie das andre soll seiner Diktatur dienen und dient ihr tatsächlich, aber mit dem Unterschied, daß der Bluff sich von selbst abbaut, während die tatsächlichen Machtmittel von einer ihnen bewußt entgegentretenden Macht aufgehoben werden müssen.

Diese tatsächlichen Machtmittel sind die Miliz und die Knebelgesetze. Die Regierung kann heute, in voller Gesetzlichkeit, Karabinieri und Militär in den Kasernen halten und die Miliz auf die Bürger loslassen. Sie kann in voller Gesetzlichkeit jeden Menschen vor das Spezialgericht stellen, ihnen durch einen einzigen Zeugen, der gleichzeitig der Angeber sein kann, wegen Verschwörung gegen den Staat, Mussolini-Beleidigung, Wiederherstellung einer aufgelösten Partei auf Jahre ins Zuchthaus bringen. Das neue Strafgesetzbuch, das im Februar 1928 Gesetz werden und am 1. Januar 1929 in Kraft treten soll, ohne in irgendeiner Weise Gegenstand der öffentlichen Prüfung oder Diskussion gewesen zu sein, gibt der Regierung weiter die Möglichkeit, irgendeinen armen Teufel wegen eines Verbrechens, auf das Todesstrafe gesetzt ist, anzuklagen, ihm eine Liste Mitschuldiger vorzulegen, die er nur in sein „Geständnis“ einzubeziehen braucht, um der Todesstrafe zu entgehen. Die heute geltenden Knebelgesetze haben es möglich gemacht, zehn Eisenbahner aus Lugo in der Romagna zu Zuchthausstrafen von einem Jahr bis zu fünfeinhalb Jahren zu verurteilen, weil sie einem an Tuberkulose gestorbenen Sozialisten das letzte Geleit gegeben haben, dabei rote Nelken im Knopfloch trugen und dem Toten diese Blumen in den Sarg legten. Hierin wurde Verschwörung gegen die Sicherheit des Staates gesehen, die mit insgesamt achtundzwanzig Jah-

# Ein Fortschritt in den polnisch-deutschen Verhandlungen

## Prondzinski über den Landarbeitervertrag — Rauscher nach Berlin abgereist — Polens Delegierter in Berlin

**Warschau.** Der Leiter der bisherigen polnischen Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen, Prondzynski, äußerte sich heute zu dem jetzt paraphierten deutsch-polnischen Vertrag über polnische landwirtschaftliche Arbeiter. Dabei unterstrich er, daß Polen das größte Entgegenkommen seitens Deutschland erreicht habe. Ein Vertrag, der auf so breiter Basis beruhe, entspreche nicht einmal einem Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich. Die Paraphierung dieser Konvention, die für die deutsche Landarbeiterschaft von so großer Bedeutung sei, sei ein Beweis dafür, daß zwischen Polen und Deutschland die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens gegeben sei, und sich auch unter Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen in bestimmte Rechtsformen fassen lasse.

### Gesandter Rauscher nach Berlin berufen

**Berlin.** Wie die Morgenblätter aus Warschau melden, ist der deutsche Gesandte Rauscher nach Berlin abgereist, um der Reichsregierung über seine im Zusammenhang mit der Eröffnung der neuen deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen geführten Warschauer Besprechungen zu berichten.

### Ankunft Dr. Jackowskis

**Berlin.** Der Sondergesandte der polnischen Regierung, Dr. Jackowski, der die Vorbesprechungen zur Weiterführung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen mit der deutschen Regierung führen soll, ist heute nachmittag in Berlin eingetroffen. Am Donnerstag vormittag soll er seine erste Unterredung mit Dr. Stresemann haben. Auch der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, wird hier erwartet.

Dem Vernehmen nach wird Polen in der Frage der Schweineeinfuhr ein Zugeständnis machen, dafür aber in der Kohlenfrage ein größeres Kontingent verlangen.

Nach Erledigung der Besprechungen Dr. Jackowskis in Berlin werden die Verhandlungen wahrscheinlich in Warschau weitergeführt werden. Von amtlicher polnischer Seite verlautet dazu, daß mit der Führung der polnischen Abordnung eine Persönlichkeit betraut werden wird, deren Ernennung von deutscher Seite mit Befriedigung aufgenommen werden dürfte.

### Abgeordneter Grünbaum überfallen

**Warschau.** Mittwoch nachmittag wurde der Führer der jüdischen Sejmfraktion, Abg. Grünbaum, der als Vertreter der Juden an den Beratungen über die Bildung eines Minderheitenblocks teilnehmen sollte, vor seinem Hause auf der Straße von unbekannten Tätern überfallen und blutiggeprügelt. Als der Abgeordnete von einem Gang zurückkehrte, traf er vor seinem Hause drei mit Stöcken bewaffnete Leute, die ihn fragten, ob er der Abgeordnete Grünbaum sei. Auf die bejahende Antwort erhielt er im gleichen Augenblick von einem der Burschen mit einem Knüppel einen Schlag ins Gesicht. Darauf stürzten sich aller drei auf ihn und verprügelten ihn derart, daß er blutüberströmt zusammenbrach. Ueber die Gründe zu dem Vorfall ist nichts bekannt. Der Abg. Grünbaum ist Führer der jüdischen Gruppe, die in Opposition zu der Regierung steht.

### Kommunistenprozeß in Polen

**Warschau.** Vor dem Kriegsgericht in Petrikau begann Dienstag ein Prozeß gegen 17 Kommunisten aus Radomsk mit dem Gymnasiallehrer Massalski und Solecki von der Wyzwolenie-Partei an der Spitze. Zur Verhandlung sind 87 Zeugen geladen. Gleichzeitig begann in Lublin ein Prozeß gegen 6 Mitglieder des Lubliner Kreiskomitees der kommunistischen Partei. Zwei Angeklagte sind Mitglieder des kommunistischen Zentralkomitees in Warschau.

### Ein neuer Zusammenstoß in Nicaragua

**London.** Bei einem erneuten Zusammenstoß zwischen nicaraguanischen Rebellen und amerikanischen Marinesoldaten in La Cruz sind wie aus Managua gemeldet wird, 6 Rebellen getötet und 9 verletzt worden.

ren Zuchthaus und für acht der Angeklagten mit lebenslänglichem Ehrverlust geahndet wurde. Ein Regime, das solche Mittel anwenden kann, das den General Capello unschuldig zu dreißig Jahren Zuchthaus verurteilen konnte, das die Schandtaten seiner Miliz im Anschluß an die verschiedenen Attentate unbestraft lassen kann, zeigt dadurch, daß es über ernst zu nehmende Machtmittel verfügt.

Daß es diese Machtmittel braucht und so braucht, ist aber der beste Beweis dafür, daß seine ganze soziale und kulturelle Tätigkeit Bluff ist. Eine Regierung, die sich stark weiß durch die Zufriedenheit der breiten Masse, braucht ihren Staat nicht durch rote Nelken in einer Totenhand bedroht zu fühlen. Aber die ganze „korporative Organisation" des Staates ist ein Kartenhaus. Sie vermag nicht, wie sie vorgibt, die Bedürfnisse der verschiedenen Schichten des Landes nach dem Zentrum zu leiten, wo sie eine höhere Vernunft zum Besten des Ganzen koordinieren soll. Die faschistischen Syndikate sind so wenig eine Organisation, wie eine Schafherde eine Organisation ist. Der Unternehmer besorgt die Eintragung in das Syndikat und führt die Beiträge an dieses ab; die Arbeiter haben weder bei der Wahl ihres Führers noch bei der Verwendung der Gelder irgend etwas mitzureden. Sie haben nur zu ratifizieren, was der Führer beschließt, und dieser beschließt nach den Befehlen der ihm übergeordneten Parteifunktionäre. Ein Riesenbluff sind auch die staatssozialistischen Versuche des Faschismus. Natürlich nicht deshalb, weil eine Rationalisierung der Wirtschaft an sich unmöglich wäre, sondern einmal, weil in Italien alle Voraussetzungen für sie fehlen, vor allem, weil der faschistische Versuch die Geltendmachung der verschiedenen Interessen — ob er will oder nicht — nach der finanziellen Macht der Interessenten abstuft. Die am elendesten bezahlten Kategorien, so die Textilarbeiter und die Arbeiter der Staatsbetriebe, haben die größten Lohnverkürzungen erleiden müssen, fünfundzwanzig Prozent die ersten, ebensoviel als Durchschnitt die Staatsarbeiter, die aber in einigen Gruppen bis vierzig Prozent an Lohn eingebüßt haben. Dabei fangen die Detailpreise seit Beginn des Oktober langsam an zu steigen, der Winter ist vor der Tür, die Arbeitslosigkeit, über die die offizielle Statistik schüchtern schweigt, ist groß, so groß, daß volle Beschäftigung für sechs Tage der Woche überall eine Ausnahme bildet.

Um in diesen Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit eine wahre Bevölkerungskongestion herbeizuführen, hat man die Eisenbahnermäßigung für Auswanderer abgeschafft und für Heimkehrende auf fünfundsiebzig Prozent erhöht. Das Pech ist nur, daß die Heimkehrenden, der italienischen Luft entwöhnt, gar oft schon auf dem Dampfer von einem Lockspitzel zur Strecke gebracht werden, so daß sie im Heimatshafen nur die Handschellen empfangen! Ein Podestà der Provinz Avellino hat einen Preis von 5000 Lire ausgesetzt für den, der nach fünf Jahren die zahlreichste Nachkommenschaft aufzuweisen hat, gleichsam eine Prämie für die Züchtung Minderwertiger, denn die Kinder, die in kurzen Zeitabständen geboren werden, sind erfahrungsgemäß minderwertig. Aber sie brauchen ja nicht zu leben; wenn sie nur in der Bevölkerungsstatistik auftreten! Denn das ist ja nur Mittel zum Zweck: zur Kriegsdrohung. Nicht mit Unrecht sprach vor einiger Zeit ein französisches Kolonialblatt von absichtlichem Schließen der Ventile bei Ueberheizung des Kessels. Und auch die Kriegsdrohnug und der Krieg sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Festigung der Diktatur, vorgesehen für den Fall des Unbändigwerdens der Prätorianer und des Zusammenbruchs der Volksbeglückung. So ist der Faschismus als Bluff genau ebenso gefährlich wie in den Dingen, wo er ernst zu nehmen ist. Gefährlich ist er fast in demselben Maße, als er Angst hat, und diese Angst wächst mit dem Bewußtsein, daß man wohl Herrscher, aber nicht Völker durch Potemkinsche Dörfer zufriedenstellen kann.

## Zur Besetzung Hankaus

**Schanghai.** Die Nankingtruppen, welche bereits am Sonntag zur Verstärkung der Vorhut eingetroffen waren, besetzten heute kampflos den ganzen Stadtkomplex. Man glaubt, daß damit der wichtigste Schritt zur Wiedervereinigung Südchinas getan ist. General Tangchenchi scheint die letzten Oppositionstruppen nach der Honanprovinz zurückgezogen zu haben, wo sie sich vielleicht einstweilen behaupten können. Angesichts der kommunistischen Drohungen hat die Nankingregierung die schärfsten Gegenmaßnahmen getroffen. Ein kommunistischer Versuch, die Schanghai-Nanking-Bahn zu zerstören konnte vereitelt werden. Ein Putschversuch in Südschau, nahe Schanghais, mißglückte. Die Lage bleibt jedoch unsicher.

## Deutschlands Recht auf Kolonien

### Ein japanisches Urteil.

**Berlin.** Seitdem durch Deutschlands Eintritt in den Völkerbund die Frage des Besitztitels der ehemaligen deutschen Kolonien wieder in den Ententestaaten lebhafter erörtert wird, mehren sich die Stimmen, die anerkennen, daß Deutschland sowohl durch die gerechte Verwaltung seiner Kolonien den moralischen Anspruch auf Rückgewinnung von Kolonialbesitz erworben habe, wie auch durch seine Einfügung in das Völkerbundssystem politisch berechtigt sei, die Uebertragung eines Kolonialmandates zu verlangen. Eine wichtige Stimme in dem Chor jener Politiker, die Deutschlands Recht auf Kolonien offen anerkennen, ist die des langjährigen japanischen Botschafters in Paris und Hauptvertreters Japans im Völkerbund, Vicomte Ishii, der jetzt bei seiner Rückkehr in die Heimat in der angesehenen, dem japanischen Außenministerium sehr nahe stehenden „Japan Times" laut „Voss. Ztg." wie folgt geäußert hat:

„Deutschland wünsche seine früheren Kolonien zurückzubekommen und macht kein Hehl daraus. Ich selbst glaube auch, daß der Völkerbund trotz der zur Zeit noch beträchtlichen Opposition gegen die Rückgabe der Mandatsgebiete den dahin gehenden deutschen Forderungen mindestens teilweise recht bald wird stattzugeben haben, umsomehr, als manche Berichte zeigen, daß diese Gebiete von den Deutschen vor dem Kriege besser verwaltet wurden als heute unter Mandat des Völkerbundes. Mit solchen Tatsachen als Grundlage für seine Ansprüche hat Deutschland volles Recht dazu, zumal seit es nicht bloß Mitglied des Völkerbundes, sondern auch des Völkerbundsrates geworden ist."

## Litauisches „Grenzgefecht"

**Warschau.** Wie aus Wilna berichtet wird, versuchten Mittwoch 15 Teilnehmer des litauischen Aufstandes in Tauroggen, die sich bisher in den Wäldern versteckt gehalten hatten, am Danajew-See bei Wizjan auf polnisches Gebiet zu gelangen. Die Flüchtlinge, die sämtlich bewaffnet waren, ließen kurz vor der Grenze auf eine litauische Grenzwache, das Feuergefecht eröffnen, in dem der Führer der litauischen Grenzwache schwer verwundet wurde. Die litauischen Flüchtlinge mußten sich zurückziehen.

## Protestnote Sowjetrußlands an Estland

**Reval. Hier ist eine Protestnote der Sowjetregierung eingelaufen, die sich gegen die offizielle vom estländischen Innenminister verbreitete Darstellung des Seimattentat auf den russischen Gesandten wendet. Tschitscherin hat diese Note der estländischen Gesandtschaft in Moskau überreicht. Die Sowjetregierung bestreitet das Attentat und sieht in der ganzen Angelegenheit die Hand russischer Monarchistenorganisationen.**

## Der chemische Trust vor der Verwirklichung

**Paris.** In hiesigen amerikanischen Kreisen wird erklärt, daß die bereits seit langem angestrebte Entente zwischen den europäischen chemischen Industrien unmittelbar vor dem Abschluß stehe. Der Handelsattachee der Pariser Botschaft der Vereinigten Staaten sei über die Verhandlungen genau orientiert und habe Washington bereits einen ausführlichen Bericht übermittelt. Eine Bestätigung dieser Nachricht konnte allerdings bisher weder von deutscher, noch von französischer Seite erlangt werden. Doch wird versichert, daß die Beratungen bereits derartige Fortschritte gemacht hätten, daß mit der Unterzeichnung eines Abkommens durch die Vertreter der J. G. Farbenindustrie und des Zentralkomitees der chemischen Industrie Frankreichs noch vor Ende dieses Monats gerechnet werden könne.

*

**London.** Wie der City-Korrespondent des „Evening Standard" ergänzend berichtet, soll das Chemiekartell in seiner endgültigen Form nicht nur England, Deutschland und Frankreich umfassen, sondern auch Italien, Schweden und zahlreiche andere europäische Länder. Das Kartell in dieser angestrebten Form wird die mächtigste und größte Industriekombination in der Geschichte darstellen.

## Tschechischer Bodenreformskandal

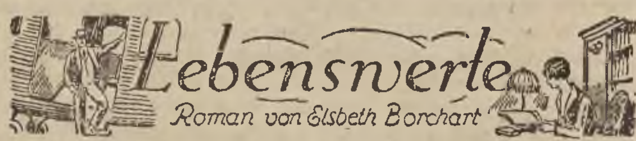
### Provisionen eines regierungsparteilichen Abgeordneten.

**Prag.** Im Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses wurde heute eine große politische Skandalaffäre aufgerollt. Der tschechische Sozialdemokrat Nemmesch erhob gegen den tschechisch-agrarischen Abg. Dubicky unter Anführung genauer Daten und Zahlen den Vorwurf, daß er für die Vermittlung von Restgütern bei der Bodenaufteilung finanzielle Vorteile für sich herausgeschlagen, d. h. Gelder von Beteiligten genommen habe. Die Angelegenheit habe schon zu einem Rechtsstreit geführt, sei jedoch auf Drängen Dubickys vom Vorsitzenden des Gerichts in Jungbunzlau mit der Begründung ausgeglichen worden, daß es einen politischen Skandal gäbe, wenn sich Weiterungen aus der Sache ergäben. Nun ist der Skandal doch offenkundig geworden und man kann begierig sein, wie besonders die Regierung darauf reagieren wird. Abg. Dubicky ist Mitglied der Partei des Ministerpräsidenten Svehla. Er erklärte die Anschuldigen als unzutreffend. — Die Verteilung der bei Durchführung der Bodenreform entstandenen Restgüter hat nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch unter den Sudetendeutschen vielfach größte Entrüstung hervorgerufen, ist doch auch die Bodenreform zur Tschechisierung deutscher Gebiete mißbraucht worden.



**Westfälische Jugend für das Auslandsdeutschtum**

In Olpe in Westfalen fand kürzlich eine Jugendkundgebung des Vereins für das Deutschtum im Ausland mit einem Festumzug statt. Außer der gesamten Schuljugend des Ortes und der Umgebung nahmen die katholischen Jugendvereine, Turn- und Sportverbände usw. an dem Umzug teil. Die Stadtverwaltung hat anläßlich des Jugendtages beschlossen, einen Straßenzug mit „Eupenerstraße" zu benennen.




33. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ach, der dumme Klub — den kannst du doch einmal schwänzen," sagte sie.

Wolf runzelte leicht die Stirn.

„Der Ausdruck ‚dumm' für den Klub ist wohl nicht ganz passend gewählt," erwiderte er ruhig, „und im übrigen — weißt du, daß ich die geistige Anregung, die ich dort empfange, nötig habe."

„Geistige Anregung? Haha!" Sie lachte höhnisch auf. „Von Hilde Schönau etwa?"

Der Ton, in dem sie das fragte, ließ sein Blut stürmisch aufwallen, aber er verlor seine Selbstbeherrschung nicht.

„Gewiß, auch von ihr," gab er gleichmütig zu.

In ihren Adern kochte es:

„Also sie geht dir vor — um ihretwillen schiebst du mich in den Hintergrund, versagst mir eine Freude, läßt mich entbehren — —"

„Rede doch nicht so unglaublich töricht, Adele."

„Was ich rede, nennst du stets töricht, das bin ich schon gewohnt — was die andere sagt, hältst du hingegen für Weisheitsaussprüche."

Er zuckte ungeduldig mit den Achseln. Das reizte sie nur noch mehr und, wie alle hysterischen Frauen, schnell ihre Selbstbeherrschung verlierend, brach sie in Tränen aus.

„Ich hatte mich so auf das Theater gefreut."

„Diese Freude bleibt dir für jeden anderen Abend aufgespart," entgegnete er ernst.

„Ich habe aber gerade heute Lust," beharrte sie.

„Nein, die hast du nicht."

Wolf Reinhardt war aufgestanden. In seinem Gesicht arbeitete es stürmisch und man sah ihm an, welche Gewalt er sich antun mußte, um ruhig zu bleiben. „Ich bin kein Freund von Szenen, das weißt du," fuhr er fort, „ich vermeide sie wo ich kann und gebe auch nach wo ich kann. Diesmal aber empört mich deine Zumutung, da ich deine unedlen Beweggründe durchschaue: Du willst mich nur vom Schriftstellerklub fern halten, weil du wieder einmal grundlose Eifersuchtsanwandlungen hast, und zwar wegen eines Mädchens, das zu hoch und zu rein ist, als daß deine häßlichen Verdächtigungen es auch nur streifen dürften. Außerdem entwürdigst du dadurch dich und mich und machst uns beide lächerlich. Ich will es jedoch deinen Nerven zugute halten, aber" — hier nahm seine Miene fast etwas Drohendes an — „solltest du gewagt haben, sie etwas von deinem kleinlichen Argwohn haben merken zu lassen — das würde ich dir — niemals verzeihen."

„Ah!" Mit einem Schmerzenslaut sank Frau Reinhardt in den nächsten Stuhl. Sie war kreidebleich geworden und zitterte am ganzen Körper — ihre Stimme klang atemlos, stockend:

„Um dieser — dieser Person willen — entblödest du dich nicht, mich zu schelten — zu verunglimpfen, mir zu — drohen — ich — ich hasse sie — ich will nicht, daß du in den Klub gehst — ich will es nicht."

Mit ihrer Selbstbeherrschung war es gänzlich vorbei. Sie verlor die Besinnung und schlug vor Wut mit beiden Händen auf den Tisch.

Wolf kannte diese Ausartung an ihr und es widerte ihn an, wie stets. Plötzlich aber sah er, wie ihr Gesicht sich krampfhaft verzog, aschfahl wurde und wie ihr Körper wankte. Da sprang er hinzu und fing sie in seinen Armen auf. Als er den zuckenden Körper im Arm hielt und dabei in ihr Gesicht sah, erschrak er. Das war der so sehr gefürchtete Herzkrampf, den zu verhüten der Arzt ihm neulich so dringend anempfohlen hatte.

„Adele — beruhige dich doch — ich — werde nicht in den Klub gehen, ich bleibe hier."

Er trug sie zum Sofa, besprengte sie mit Wasser, rieb ihr die Hände, Schläfen und das Herz, kniete vor dem Sofa nieder, küßte ihre Hand und nannte sie „seinen lieben Schatz" und schwur ihr, ihr nicht einmal in Gedanken untreu gewesen zu sein. Endlich, nach einer qualvollen Viertelstunde, ließ der Krampf nach, die Zuckungen hörten auf. Aber schwach und matt, mit geschlossenen Augen lag sie da und wünschte mit leiser Stimme, zu Bett gebracht zu werden. Da trug er sie auf seinen Armen ins Schlafzimmer, kleidete sie eigenhändig aus und blieb bei ihr sitzen, bis sie eingeschlafen war.

Am anderen Tage fühlte sich Frau Reinhardt zu schwach, um das Bett verlassen zu können. Der Professor kannte auch das, es folgte stets einer Szene wie gestern. Er ging ruhig auf die Universität und arbeitete dann zu Hause wie gewöhnlich. Als seiner Frau Zustand sich jedoch am nächstfolgenden Tage nicht gebessert, vielmehr verschlimmert hatte, ließ er besorgt den Arzt holen. Dieser konstatierte Herzschwäche, als Folge des vorangegangenen Herzkrampfes, empfahl die größte Ruhe, Schonung und Pflege. Reinhardt fühlte sich beunruhigt und niedergedrückt. Wenn er sich auch nicht mehr mit ungerechtfertigten Selbstvorwürfen quälte, so hatte er doch das Gefühl, ihr recht viel Liebes erweisen zu müssen. Er war rührend in seiner Fürsorge für sie. Kam er von der Universität heim, brachte er ihr jedesmal etwas mit, Blumen oder kleine Schmuckgegenstände, die sie so sehr liebte. Auch saß er stundenlang bei ihr und unterhielt sie.

Frau Reinhardt nahm diese liebevolle Sorge und Rücksicht anscheinend als etwas Selbstverständliches hin. Doch eines Tages, als er auf ihrem Bettrand saß, zog sie ihn plötzlich mit beiden Armen zu sich herunter, küßte ihn leidenschaftlich und nannte ihn ihren Liebsten, Geliebtesten. Leise bat sie ihn darauf, ihr nicht mehr zu zürnen, sie sahe ja ihr Unrecht und ihre Torheit ein. Vielleicht hatte ihr nur die Krankheit in den Gliedern gelegen, und er möchte doch an Hilde von Schönau schreiben, daß sie krank sei und sich nach ihr sehne.

Wolf war von diesem reumütigen Geständnis zuerst gerührt und versprach, was sie wollte, auch fühlte er sich beglückt, daß die Mißverständnisse nun gelöst und alles wieder ins rechte Geleise kommen sollte. Bei ruhiger Ueberlegung freilich ebbte diese Stimmung bald wieder ab. Ihm kamen allerhand Bedenken, einmal, ob der Umschwung in seiner Frau andauern würde, ob nicht ein Rückschlag kommen könnte und zweitens, ob er Hilde veranlassen durfte, zu kommen.

(Fortsetzung folgt.)

# Laurahütte u. Umgebung

St. Elisabeth. (Zum 19. November.) Elisabeth von Thüringen wurde 1207 in Preßburg geboren, vermählte sich 1221 mit dem thüringischen Landgrafen Ludwig, wurde 1227 Witwe, war bekannt durch ihre Armenpflege, starb am 12. November 1231 in Marburg und wurde 1235 heilig gesprochen. Der 19. November ist ihrem Andenken geweiht. Bekannt ist das Rosenwunder der heiligen Elisabeth, die sehr mild und freigebig war, so daß ihr guter und edler Gemahl ihrer Wohltätigkeit zuweilen Einhalt gebot.

=i= **Amtliches.** Die Dienststunden auf dem hiesigen Bürgermeisteramt sind für die Zeit von 8½ Uhr früh bis 3½ Uhr nachm. festgesetzt worden. An Samstagen wie bisher von 8½ bis 2 Uhr nachm.

**Termine zur Zahlung von Steuern.** Der Zahlungstermin für die jetzige Rate der Vermögensteuer ist mit dem 15. November abgelaufen. Die Säumigen können innerhalb von 14 Tagen vom 15. November ab gerechnet, die Zahlung leisten, also bis zum 29. November. Andernfalls erfolgt zwangsweise Einziehung. Das gleiche gilt von der Einkommensteuer pro 1927.

=o= **Sein Abrahamsfest** feierte am Dienstag, den 15. November der Fleischermeister Herr Edmund Mira von der Wandastraße. Von der hiesigen Fleischerinnung wurde ihm an diesem Festtage ein Diplom überreicht.

=o= **Unfall am Bahnübergang.** Ein Unfall, der leicht viel schwerere Folgen hätte haben können, ereignete sich am Dienstag nachmittags 4 Uhr am Bahnübergang in der Nähe des Nordtores der Laurahütte. Der Kutscher Gaganietz fuhr mit dem Wagen des Herrn Bergwerksdirektors Prietze vom Schloß zur Bergverwaltung. Als er den Bahnübergang, dessen Schranken nicht heruntergelassen waren, passierte, sauste auf einmal die Schranke auf der anderen Seite auf den Kopf des Gaganietz und fiel dann zwischen die Pferde und den Wagen, sodaß das Gespann weder vor noch zurück konnte. Im selben Augenblick fuhr der Personenzug von Beuthen heran, kam aber glücklicherweise noch dicht am Hinterteil des Wagens vorbei. Der Kutscher G., welcher schwere Verletzungen am Kopfe davongetragen hat, mußte ins Knappschaftslazarett eingeliefert werden. Es ist ein unverantwortlicher Leichtsinn von dem Schrankenwärter, die Schranken so spät herabzulassen. Es ist ein Glück, daß nicht mehr passiert ist.

=i= **Die Ziehungsliste der 1. Klasse** der 16. Polnischen Staatslotterie weist folgende größere Gewinne auf: Nr. 28 480 = 5000 Zloty; Nr. 32 284 = 1000 Zloty; Nr. 37 795 = 60 000 Zloty; Nr. 67 984 = 15 000 Zloty; Nr. 72 862 = 1000 Zloty; Nr. 84 979 = 2000 Zloty; Nr. 90 565 = 500 Zloty; Nr. 91 421 = 30 000 Zloty; Nr. 92 919 = 500 Zloty; Nr. 98 433 = 500 Zloty; Nr. 110 964 = 500 Zloty; Nr. 115 001 = 1000 Zloty; Nr. 117 032 = 2000 Zloty. Infolge Raummangel können wir die vielen Gewinne unter 500 Zloty in unserem Blatt nicht aufnehmen.

=o= **Vom Wochenmarkt am Dienstag.** Trotz der eingetretenen großen Kälte war der Wochenmarkt am Dienstag leidlich beschickt. Allerdings ist ein Teil der galizischen Obstfuhren nicht auf der Bildfläche erschienen. Kartoffelfuhren waren, wohl der Kälte wegen, ausgeblieben. Gemüse war auf dem Markte leidlich vertreten; Blumenkohl wurde schon mit 30 Groschen pro Stück, Rosenkohl mit 50 Groschen, Spinat mit 30 Groschen pro Pfund gehandelt. Weißkraut, von dem allerdings wenig vorhanden war, wurde nicht mehr nach Zentnern, sondern nach Schock verkauft und zwar mit 12 Zloty. Grünkohl war überhaupt nicht zu sehen, obgleich doch jetzt die geeignetste Zeit beginnt. Auch die besseren Obstsorten wurden zu leidlich billigen Preisen angeboten. Butter wurde zu höheren Preisen verkauft, als die amtliche Preistafel sie vorschreibt, und zwar Landbutter mit 3,50 und Dessertbutter mit 3,80 Zloty pro Pfund; die amtlichen Höchstpreise sind 3,00 und 3,50 Zloty. Die Eier wurden mit 20 und 25 Groschen gehandelt. An lebendem Geflügel war mehr auf dem Markt als sonst; ein Backhühnchen kostete 2,50—3,00 Zloty, ein größeres Huhn 4,00 bis 5,00 Zloty, eine Ente 6,00—6,50 Zloty und eine Gans 10—12 Zloty. Trotzdem die Hasen- und Fasanenjagd im Gange ist, ist bei uns noch kein Wild zu sehen. Die Lohnzahlung bewirkte, daß der Besuch des Marktes seitens der Käufer trotz der kalten Witterung ein erheblich besserer war, so daß die Händler wohl zufrieden sein können.

=i= **Die Kammerlichtspiele** bringen nur noch heute und morgen den sehr spannend wirkenden Sensations-Abenteuerfilm „Maciste im Kampf gegen den Scheik" zur Vorführung und wer wirklich interessante Bilder aus der alten Zeit, den Anfang des vorigen Jahrhunderts sehen will, wer das heute noch in vollster Blüte stehende französische, spanische Pensionatsleben junger Geschöpfe in den alten ehrwürdigen Klöstern, ferner das frühere Piraten- oder Seeräubertum, gewaltsame Entführung eines jungen Mädchens und das Schicksal ihres egoistischen Onkels sehen will, der gehe heute und morgen in die Kammerlichtspiele. Ab Freitag läuft der Film „Sein größter Bluff", ein großes Meisterwerk von dem bekannten und beliebten Harry Piel, worauf wir am Sonnabend näher eingehen werden. Näheres im heutigen Inserat.

## Gottesdienstordnung:

**Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.**

Freitag, den 18. November 1927.

6 Uhr: Requiem mit Kond. für verst. Gertrud und Hedwig Jagla, Eltern Franz und Joseph ne Hanschek und Verwandtschaft.

6½ Uhr: hl. Messe zum hl. Herzen Jesu.

Sonnabend, den 19. November 1927.

6 Uhr: Requiem mit Kond. für Johann und Rosalie Saha und Sohn Heinrich.

6½ Uhr: hl. Messe für das Brautpaar Jeziorek-Stabe.

**St. Kreuzkirche — Siemianowitz.**

Freitag, den 18. November 1927.

1. hl. Messe für verst. Ludwig Keller und Verwandtschaft beiderseits.
2. hl. Messe für verst. Mitglieder des poln. Rosenkranzes.
3. hl. Messe auf die Intention der Brautleute Koniczny-Jastrzembski.

Sonnabend, den 19. November 1927.

1. hl. Messe für das Brautpaar Morkis-Depta.
2. hl. Messe für verst. Franz Kusnierski.
3. hl. Messe aus Anlaß der Silberhochzeit für das Ehepaar Zydzik.

# Schlesischer Sejm

## Die Neuwahlen des Wojewodschaftsrats — Eine unerwartete Lösung der „Wahlreform"

Kattowitz, den 17. November 1927.

Eine umfangreiche Tagesordnung der 168. Sitzung des Schlesischen Sejms ließ fast die Erwartung aufkommen, daß der Arbeitseifer unserer Abgeordneten nach der „Bedrohung" durch den Wojewoden gewachsen ist. Aber mit Ausnahme von zwei Punkten sind die erledigten Fragen von unwesentlicher Bedeutung. Schon im März waren die Neuwahlen des Wojewodschaftsrates fällig und erst jetzt ging man zur Erledigung, die besonders was den Korfanty-Klub betrifft, zu einer Ueberraschung führte. Aber es ist nicht unsere Aufgabe darüber nachzudenken, warum die Korfantygetreuen Wojewodschaftsräte Stark und Szefer fallen gelassen worden sind. Jedenfalls wurden sie durch Kandidaten ersetzt, die dem Wojewoden wohl genehmer sind, während man den früheren Staatsbeamten, Zeit und Muße läßt, auf ihren Posten Besseres und Eifrigeres zu leisten. Bei der P. P. S. war es schon lange bekannt, daß sie den bisherigen Vertreter Bobek durch einen anderen Kandidaten ersetzen wird. Nicht wenig werden wohl selbst die Abgeordneten erstaunt gewesen sein, als 13. Punkt der Tagesordnung die „Wahlreform" vorzufinden, die dadurch ihre Erledigung findet, daß man das bisherige Wahlgesetz aufrecht erhält, wenn es tatsächlich zu Wahlen kommen sollte. Diese Lösung ist eine Niederlage der Korfantyleute, von denen aus der Antrag auf Aenderung des bisherigen Wahlgesetzes ausgegangen ist. In mehreren Kommissionssitzungen wurde die Frage behandelt, nicht weniger wie sechs verschiedene Projekte eingebracht, um zuletzt beim alten Gesetz zu bleiben. Allmählich haben auch die Korfantyleute erkannt, daß die Bevölkerung nicht auf ihren Leim eingehen wird und haben es vorgezogen, das alte Wahlgesetz von 1922 zu behalten. Die übrigen Punkte der Tagesordnung boten weniger Angriffsflächen und ließen die Redelust nicht aufkommen, bis auf eine Ueberraschung, daß nicht weniger wie drei Anträge auf Auslieferung von Abgeordneten vorlagen, die vernünftigerweise von der Geschäftsordnungskommission mit Ablehnung propagiert, und vom Plenum auch abgewiesen wurden.

*

Gegen 4½ Uhr eröffnete der Sejmmarschall mit den üblichen Formalitäten die Sitzung und stellte fest, daß zu Punkt 1 vier Listen eingereicht worden sind. Anwesend waren 47 Abgeordnete, es fehlte nur der Abg. Boris und bei der Wahl wurden auch 47 Stimmen abgegeben. Auf die Liste 1 Deutscher Klub entfielen 12 Stimmen, gewählt wurde der bisherige Bürgermeister Michatz 7 Tarnowitz, der von Anfang an seine Fraktion im Wojewodschaftsrat vertritt. Die Liste 2, Korfanty-Klub erhielt 17 Stimmen, gewählt wurden Abg. Janitzki und Rechtsanwalt Kobylinski, die früheren Vertreter Stark und Szefer sind nicht mehr nominiert werden, die Liste 3, N. P. R. erhielt 8 Stimmen und gewählt wurde der bisherige Wojewodschaftsrat, Bürgermeister Dubiel, die Liste 4 erhielt 10 Stimmen, gewählt wurde Abg. Biniszkiewicz.

Bei der Wahl des Sekretärs ging mit 31 Stimmen der Abg. Sobota, Korfanty-Klub hervor, gegen den bisherigen Sekretär Foikis, der 13 Stimmen erhielt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung begründet Abg. Brzuska eine Abänderung des Artikels 1 des Gesetzes betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses der Handarbeitslehrerinnen in öffentlichen Volks- und Mittelschulen, bezüglich der Entschädigung. Das Plenum schließt sich dem Antrag der Budgetkommission an und nimmt die Abänderung in zweiter und dritter Lesung an.

Ein Antrag des Korfanty-Klubs fordert die Gewährung der Wohnungsentschädigung für Staatsbeamten, wie sie durch ein Gesetz für Warschau geregelt ist. Die Budgetkommission hat einen entsprechenden Entwurf vorbereitet, der zu Artikel 3 des Gesetzes zur Besoldung der Wojewodschafts- und Kommunalbeamten folgenden Passus beschließt:

„Der den vom Schlesischen Schatz besoldeten Beamten auf Grund des polnischen Gesetzes vom 9. Oktober 1927 — Dz. U. R. P. Nr. 116, Pos. 924 gezahlte Wohnungszuschuß darf nicht kleiner sein als der Wohnungszuschuß, der den Staatsbeamten in der Hauptstadt Warschau auf Grund desselben Gesetzes gezahlt wird".

Der Antrag wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, nachdem die P. P. S. eine Rückwirkung vom 1. April beantragt, die Abänderung aber nur eine solche vom 1. Oktober 1927 zugesteht.

Eine etwas umfangreichere Debatte ergibt sich bei Behandlung der Regelung der Bezüge der Gemeinden aus den Steuererträgen. Während die Budgetkommission durch den Abg. Janitzki die sofortige Annahme des Gesetzes beantragt, fordert der Abg. Foikis Berücksichtigung der Wünsche der Gemeinden und Rückverweisung an die Budgetkommission. Auch der Abg. Machej plädiert für Rückverweisung an die Kommission, während das Plenum den Antrag der Budgetkommission in zweiter Lesung annimmt. Die dritte Lesung wird durch Einspruch des Abg. Foikis mit Unterstützung der P. P. S. verhindert.

Der Antrag der Regierung auf Einführung der Verordnung des Präsidenten der Republik vom 1. Juni 1927 betreffend die Uebertragung der bisherigen Kompetenzen des Ministers für Handel und Industrie in Sachen der Bergknappschaften auf den Minister für Arbeit und soziale Fürsorge und der Kompetenzen der Bergämter in denselben Angelegenheiten auf die Wojewodschaftsämter für das Gebiet der Wojewodschaft Schlesien, wird der Rechts-, Sozial- und Budgetkommission überwiesen.

Der Wojewodschaftsrat beantragt die Aenderung des Namens der Gemeinde „Rydultowy Dolne" auf Rydultowy. Die Vorlage wird der Rechtskommission überwiesen.

Der Dringlichkeitsantrag des P. P. S.-Klubs auf Zustimmungserklärung des Schlesischen Sejms zur Einführung der Verordnung des Staatspräsidenten betreffend die Inspektionen der Arbeit auf die Wojewodschaft Schlesien wird der Sozial- und Rechtskommission überwiesen.

Die Christliche Demokratie beantragt an den Wojewoden das Ersuchen zu stellen, um Einrichtung eines Amtes, welches die bisherigen Kompetenzen der „Provinzialhilfskasse" zu Breslau übernehmen soll. Die Behörden entscheiden in den verschiedensten Fällen widersprechend und darum ist eine einheitliche Regelung notwendig. Das Plenum beschließt den Antrag dem Wojewoden zu überweisen.

Namens der Geschäftsordnungskommission beantragt die Abg. Szymkowiakowna die Gültigkeit der Mandate der Abg. Kunsdorf und Sliwa, die für die verstorbenen Mitglieder Szczeponik und Omainkowska eintreten, zu bestätigen, dem sich das Plenum einstimmig anschließt.

Der Staatsanwalt hat die Abgeordneten Gwozdz, Dr. Rakowski und Biniszkiewicz wegen verschiedener Delikte zur Verantwortung gezogen und beantragt deren Auslieferung zur gerichtlichen Verfolgung. Die Geschäftsordnungskommission ersucht durch Antrag der Abgeordneten Szymkowiakowna dieses Ansinnen der Staatsanwaltschaft abzulehnen, dem auch das Plenum zustimmt. Bei dieser Gelegenheit verweist der Abg. Biniszkiewicz auf die Unmöglichkeit des bisherigen Zustandes bei den Gerichten, die die Kontrahenten oft Jahre lang auf eine Entscheidung warten lassen, so daß es oft die Kläger vorziehen, die Klagen zurückzuziehen, wie es unter anderem in einem Falle der Sejmmarschall Wolny nach dreijähriger „Verhandlung" vorzog. Die Beleidigung gegen die mangelhafte Durchführung sei nicht beabsichtigt, sondern auf die Schädigung verwiesen. Hierbei muß sich der Abg. Biniszkiewicz einen Ordnungsruf einstecken, weil nach Meinung des Sejmmarschalls die Gerichtsfragen vors Justizministerium und nicht vor den Schlesischen Sejm gehören.

Der Antrag betreffend die Einführung der vollen Sonntagsruhe für alle Gewerbe in der Wojewodschaft Schlesien wird der Sozialkommission zur weiteren Behandlung übertragen.

Die Rechtskommission bringt einen Antrag betreffend der Wahlreform ein, der dahin geht, daß im Falle von Neuwahlen das alte Wahlgesetz von 1922 verpflichten soll, falls Neuwahlen ausgeschrieben werden und der Schlesische Sejm inzwischen nicht ein anderes Wahlgesetz geschaffen hat. Diesem Antrag wird zugestimmt und dadurch die Niederlage des Korfantyblocks in der Rechtskommission besiegelt.

Der Abg. Foikis bringt einen Dringlichkeitsantrag ein, der die Gewährung eines 13. Gehalts für die Wojewodschafts- und Kommunalbeamten zur Zahlung am 5. und 20. Dezember fordert. Das Plenum nimmt einstimmig diesen Antrag an und überweist ihn der Budgetkommission.

Betreffend der Regelung der Bezüge bezw. Errichtung von Kommunalsparkassen bringt der Abg. Machej einen Dringlichkeitsantrag ein, der indessen mit Rücksicht darauf, daß eine ähnliche Vorlage bereits in der Budgetkommission bearbeitet wird, Ablehnung findet, wobei sich eine Debatte über die Form des Gesetzes ergibt und schließlich ein Verschulden der Wojewodschaftsbehörden festgestellt wird.

Damit war die umfangreiche Tagesordnung erledigt und der Sejmmarschall schloß die Sitzung gegen 6 Uhr mit dem Bemerken, daß die nächste Sitzung besonders schriftlich einberufen wird.

# Aus der Wojewodschaft Schlesien

## Die Auslandsanleihe für die Wojewodschaft Schlesien

Die Wojewodschaft Schlesien hat bekanntlich die Absicht, eine 100-Millionen-Anleihe im Auslande aufzunehmen. Wie polnische Blätter melden, hat ein amerikanisches Bankhaus eine diesbezügliche Offerte bereits vorgelegt, die derzeit geprüft wird. Die Verhandlungen dürften im Laufe des Winters beendet sein. Der größere Teil der Anleihegelder soll für den Bau von Wohnhäusern und Fachschulen verwendet werden, während ein anderer Teil dem Bau von Straßen und Chausseen dienen soll. Zur leichteren Abwicklung des letztens stark angestiegenen Automobilverkehrs sollen neue Straßen nach den neuesten technischen Errungenschaften gebaut werden. Ueberdies sind zwei neue Eisenbahnlinien projektiert, und zwar von Teschen, das an der tschechischen Grenze liegt über Zebrzydowice nach Jastrzembie Gorne und die Strecke Rybnik—Zory.

## Für Optanten und Reichsdeutsche

**Das deutsche Generalkonsulat teilt mit:**

**Optanten und andere wohnberechtigte Reichsdeutsche die seitens der Schulbehörden zur Zahlung des Ausländerschulgeldes herangezogen werden sollen, werden aufgefordert, zur Entgegennahme einer Rechtsbelehrung innerhalb der Dienststunden (9 bis 1 Uhr) auf dem Generalkonsulat vorzusprechen.**

## Aus dem Wojewodschaftsrat

In der gestrigen Sitzung des Wojewodschaftsrates wurde ein Beschluß des Rybniker Magistrats, von der Schlesischen Wirtschaftsbank 1 Million Zloty zu Investitionszwecken leihweise aufzunehmen, bestätigt. Weiter beschäftigte sich der Wojewodschaftsrat mit einer Reihe von Personalfragen.

## Keine Kohlenpreiserhöhung

Aus Kreisen, die der Regierung nahestehen, verlautet, daß die ministerielle Kommission, welche letztens zum zweitenmal die Produktionskosten in den polnischen Kohlenbergrevieren einer eingehenden Prüfung unterzogen hatte, ihr Gutachten dahin abgegeben hat, daß kein Grund für eine Hinaufsetzung der Kohlenpreise vorliege. Eine Kohlenpreiserhöhung wird also nicht stattfinden, und die den Bergarbeitern bewilligte Lohnerhöhung soll in anderer Weise hereingebracht werden.

## Kohle für die Arbeitslosen

Die Wojewodschaft stellt den Kommunen Kohle für die Arbeitslosen und Ortsarmen zur Verfügung. Die Verteilung soll alsbald beginnen.

## Endgültige Regelung der alten Zlotyverbindlichkeiten

Durch die neue Verordnung des Staatspräsidenten vom 5. November (Staatsgesetzblatt Nr. 97) ist die anläßlich der Stabilisierung des Zloty vom 13. Oktober 1927 entstandene Frage der Regelung der alten Zlotyverbindlichkeiten endgültig geregelt worden. Danach sind sämtliche in Zloty ausgedrückte oder auf Zloty aufgewertete Verbindlichkeiten in der neuen Zlotywährung ohne jegliche Aufwertung zahlbar. Verpflichtungen dagegen, die vor dem 13. Oktober 1927 eingegangen wurden und ausdrücklich auf Goldzloty lauten, sind im Verhältnis von 1 alter Goldzloty gleich 1,72 neuer Goldzloty umzurechnen. Auch in Zukunft kann eine Verpflichtung in Goldzloty eingegangen und außerdem Bezahlung in effektiven polnischen Goldmünzen vereinbart werden. Nur die Anpassung der Zolltarifsätze an die neue Zlotywährung wird durch eine spätere Verordnung erfolgen, während die in den verschiedenen anderen Verordnungen und Gesetzen genannten Zlotybeträge unverändert bleiben.

## 5- und 2-Zlotyscheine außer Verkehr

Auf Grund des Stabilisierungsplanes wird in nächster Zeit mit der Heranziehung einer Hälfte, der in Umlauf befindlichen von der Staatskasse ausgegebenen 5-Zlotyscheine und deren Ersetzung durch Banknoten der Bank Polski begonnen werden. Die zweite Hälfte wird durch silberne 5-Zlotystücke ersetzt werden, mit deren Ausprägung zu Neujahr begonnen wird. Die 2-Zlotyscheine werden bereits jetzt aus dem Verkehr gezogen.

## Anwachsen der Arbeitslosenziffer

Das Wojewodschaftsamt teilt mit, daß sich die Zahl der Arbeitslosen in der Schlesischen Wojewodschaft in der Zeit vom 2. bis 9. November um 266 Personen erhöht hat und gegenwärtig 37 015 beträgt. Unterstützungsberechtigt waren 21 871 Arbeitslose.

## Die Rawaregulierungsarbeiten

Die Regulierungsarbeiten der Rawa schreiten weiter vorwärts. Z. Zt. sind diese Arbeiten auf einer Strecke von nahezu 3½ Kilometer, und zwar ab Mündung Brinnitza bis Rosdzin beendet worden. In allernächster Zeit soll auch der Abschnitt IV von der Reckehütte in Rosdzin bis nach Zawodzie fertiggestellt werden, damit die Umleitung des Wassers in das neue Flußbett vorgenommen werden kann. In Schwientochlowitz ziehen sich die Regulierungsarbeiten etwas länger hin als vorgesehen war, und zwar deswegen, weil größere Arbeiten zwecks Tieferlegung der Brückenfundamente vorgenommen werden müssen. Bei einigermaßen guter Witterung soll nach Beendigung der Arbeiten auf Strecke X in Schwientochlowitz die Regulierung der Rawa auf dem Gelände der Reckehütte in Rosdzin erfolgen. Die Arbeiten auf diesem Abschnitt sind bisher zurückgestellt worden

### Kattowitz und Umgebung.

**Jugendliche Diebesbande vor Gericht.**

Gegen eine Diebesbande, welche sich vorwiegend aus noch jugendlichen Personen zusammensetzte, die in der Umgegend von Siemianowitz 16 Diebstähle ausgeführt hatten, wurde vor dem Kreisgericht Kattowitz am gestrigen Mittwoch verhandelt. Der Kriminalpolizei gelang es, die Spitzbuben festzunehmen, nachdem der Altwarenhändler A. auf die richtige Spur der Täter hingewiesen hatte. Eine unvermittelt eingeleitete Hausrevision förderte einen großen Teil des Diebesguts zu Tage. Manches konnte den Bestohlenen inzwischen wieder zugestellt werden.

Zu verantworten hatten sich die jugendlichen Arbeiter Theofil Korek, Wilhelm Komender und Alfred Halemba aus Siemianowitz. Wie aus der Verhandlung zu entnehmen war, hatten die Angeklagten Kabelleitungen zum Schaden der Hüttenverwaltung Laurahütte, ferner Bleiröhren vorwiegend in Klosettanlagen, Alteisen, Straßengullys u. a. m. zusammengestohlen. Die Burschen entpuppten sich auch als Denkmalschänder, da sie in einem Falle eine Zierkette, welche um ein Denkmal gezogen war, entwendeten. Oft wurde auch die Sicherheit der Passanten durch Ausheben der Straßengullys gefährdet. Das Gericht verurteilte die Angeklagten Theofil K. und Wilhelm K. in den nachgewiesenen Fällen zu je 1 Jahre Gefängnis, berücksichtigte jedoch das jugendliche Alter der Beklagten und den Umstand, daß es sich mehr um Dummenjungenstreiche handelte und gewährte eine Bewährungsfrist von 3 Jahren. Der dritte Angeklagte H. erhielt 14 Tage Gefängnis.

**Ein fingierter Ueberfall.**

Vorige Woche berichteten wir über einen Ueberfall, welchem der Fleischermeister Wagner aus Paulsdorf, in der Nähe des Arthurschachtes bei Kochlowitz zum Opfer gefallen ist. Wagner soll damals von Banditen niedergeschlagen, um 1 700 Zloty beraubt und dann an Händen und Füßen gebunden, in einen Steinbruch geworfen worden sein. Der gestrige Polizeibericht meldet nun, daß die Ermittelungen in dieser Angelegenheit ergeben hätten, daß Wagner den Ueberfall fingiert habe, was er, in die Enge getrieben, bereits zugab. Fingierte Ueberfälle hatten wir in der letzten Zeit mehrfach zu verzeichnen gehabt, aber wohl keinen einzigen in der Form, wie es der Herr Wagner aus Paulsdorf tat. Aus was für einer Ursache er zu dieser, die Oeffentlichkeit irreführenden Komödie veranlaßt wurde, steht noch nicht fest, da aber hier die 1700 Zloty nicht die unwesentlichste Rolle spielen, kann man annehmen, daß Wagner diese Komödie inszenierte, um irgendwelchen Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern vorläufig aus dem Wege zu gehen, oder auch ist Wagner nicht ganz richtig im Oberstübchen. Da jedoch dieser fingierte Ueberfall sowieso ein gerichtliches Nachspiel haben wird, wird man ja auch erfahren, was mit dieser eigenartigen Geschichte eigentlich los ist.

**35 000 Zloty unterschlagen.** Der Bürodiener Adam Stefan Ruda von der Friedenshütte erhielt am 15. November den Auftrag, 35 000 Zloty von der Bank Polski in Kattowitz zu holen. Den Auftrag führte er auch aus, jedoch ließ er sich bis heute bei der Verwaltung der Friedenshütte nicht blicken, so daß als bestimmt angenommen werden kann, daß er die Summe unterschlagen hat. Aller Wahrscheinlichkeit hat Ruda in Begleitung eines Frl. Anna Galowa sein weiteres Heil in Deutschland, der Zuflucht beinahe aller hiesigen Defraudanten, gesucht. Die Polizei fahndet bereits eifrig nach dem Defraudanten und da sie im Erwischen dieser, ein ziemliches Glück hat, so dürfte Ruda sich seiner Beute nicht allzulange erfreuen.

**Zur Wasserbelieferung der Arbeiterkolonie.** Wie bekannt, projektiert der Magistrat in Kattowitz im Einvernehmen mit der Wojewodschaft den Ausbau der Wasser-Rohrleitung nach der neuen Arbeiterkolonie in Zalenze. Nach einiger Verzögerung ist nunmehr mit den Schachtarbeiten am Montag begonnen werden. Durch Anschluß der Kolonie an das Hauptwasserleitungs-Rohrnetz soll eine ergiebige Wasserbelieferung erfolgen und von vornherein einer Wasserkalamität vorgebeugt werden. Der Anschluß wird von der ulica Wojciechowskiego im Ortsteil Zalenze an die dortige Rohrleitung vorgenommen und die Arbeiten in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden, so daß mit der Fertigstellung in einigen Wochen zu rechnen ist. Die Gesamtkosten sollen sich auf rund 20 000 Zloty beziffern.

**Erhöhung des Milch- und Butterpreises.** Laut Beschluß der Preisfestsetzungskomission in Kattowitz ist der neue Höchstpreis pro Liter süße Milch von 46 auf 48 und Tafelbutter auf dem Markte pro Pfund von 350 auf 360 Groschen erhöht worden. Eine Ueberschreitung der neuen Höchstpreise wird bestraft.

**Die falschen 5-Zlotynoten.** Falsche 5-Zlotynoten befinden sich fortgesetzt noch stark in Umlauf, trotzdem große Mengen derselben von den zuständigen amtlichen Stellen immer wieder aus dem Verkehr zurückgezogen werden. Die Gerichte haben von Zeit zu Zeit mit der Konfiskationserklärung dieser zurückgezogenen Noten sich zu beschäftigen. Das Verfahren geht ganz mechanisch vor sich. Eine Anklage gegen die beteiligten Personen, bei denen die falschen Noten beanstandet wurden, findet nicht statt, da doch in der Regel diese Personen unbewußt die Noten gebrauchten und in Verkehr setzten. Die Verhandlung vor Gericht beschränkt sich, ohne auch nur ein Verhör mit den betreffenden Personen anzustellen, bloß auf die Formel der Konfiskationserklärung, wie sie einmal vom Gesetz vorgeschrieben wird. In den letzten Tagen wurden wieder größere Mengen falscher Noten für konfisziert erklärt.

### Königshütte und Umgebung.

**Von den Stickstoffwerken.** Mit Rücksicht auf die große Nachfrage nach Stickstoff haben die landwirtschaftlichen Verbände für das kommende Frühjahr 1928 die ganze Stickstoffproduktion der Chorzower Stickstoffwerke von 55 000 Tonnen angekauft, außerdem durch Vermittlung der staatlichen landwirtschaftlichen Bank jenseits der Grenze 25 000 Tonnen. Damit hofft man den ganzen Stickstoffbedarf im nächsten Frühjahr decken zu können. — Gegenwärtig beträgt die Belegschaft in den Stickstoffwerken 2788 Mann, soll aber infolge der großen Aufträge noch gesteigert werden. Dieses Werk ist das einzige Unternehmen in Polnisch-Oberschlesien, das mit voller Belegschaft und darüber hinaus beschäftigt ist

**Tod durch Gasvergiftung.** Am Dienstag früh wurde das Dienstmädchen Franziska Ordon, auf der ul. Gymnazjalna 21 in ihrer Kammer tot aufgefunden. Als Todesursache ist Gasvergiftung festgestellt worden. Die Leiche wurde noch dem städtischen Krankenhause geschafft.

**Kram-, Vieh- und Pferdemarkt.** Am Donnerstag, den 8 Dezember findet in Königshütte der nächste Kram-, Vieh- und Pferdemarkt auf dem Platze an der Markthalle bezw. auf dem Platz an der ul. Katowicka (Kattowitzerstraße) und dem jüdischen Friedhofe statt.

## Börsenkurse vom 17. 11. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| **Warschau** . . . | 1 Dollar | amtlich | — | 8.92 zł |
| | | frei | — | 8.93 zł |
| **Berlin** . . . . | 100 zł | | — | 47.— Rmk. |
| **Kattowitz** . . . | 100 Rmk. | | — | 213.— zł |
| | 1 Dollar | | — | 8.92 zł |
| | 100 zł | | — | 47.— Rmk. |

### Schwientochlowitz und Umgebung.

**Raubüberfälle.** In Bismarckhütte wurde einer Kaufmannsfrau Meta Seipelt das Handtäschchen mit 70 Zloty Inhalt und einem Schlüsselbund, von einer ihr unbekannten Person aus der Hand gerissen und geraubt. Dem Täter gelang es zu entkommen. — In Godullahütte wurden auf der alten Straße der Gemeindesekretär Stronczyk und der Invalide Kokott, beide aus Orzegow überfallen. Hier erbeuteten die Banditen, die Revolver mit sich führten, nur eine Aktenmappe, in der sich Orzegower Gemeindeakten befanden. Ein Glück noch, daß sich in der Mappe keine Gemeindegelder befanden, denn gewöhnlich ist das bei derartigen Vorkommnissen stets der Fall.

### Rybnik und Umgebung.

**Eine unverbesserliche Hochstaplerin.** Im vergangenen Jahre machte im Kreise Rybnik eine Hochstaplerin von sich reden. In Rybnik und verschiedenen Dörfern des Kreises tauchte eine elegant gekleidete junge Dame auf, die sich einmal als die Frau eines höheren Polizeibeamten, dann wieder eines Zollbeamten oder Grubenbeamten ausgab und auf diese Weise Geldbeträge in dreizehn Fällen erschwindelte. In drei Fällen ließ sie noch verschiedene „Kleinigkeiten“, wie Ringe, Uhren, Armbänder und andere Schmucksachen mitgehen. Die abgefeimte Hochstaplerin konnte von der Polizei in der Person der 24jährigen Augustine Poppek aus Gorzyce ermittelt und verhaftet werden. Wegen ähnlicher Straftaten ist sie bereits mit fünf Jahren Gefängnis vorbestraft. Vor dem Schöffengericht in Rybnik war die Angeklagte geständig. Die einzige Entschuldigung, die sie vorbrachte, bestand darin, daß sie ein Kind zu ernähren hat und ihr jedes Mittel recht war, um zu Gelde zu gelangen. Sie konnte ihr krankes Kind nicht verhungern lassen. Die Angeklagte wurde nach Vernehmung einer ganzen Reihe von Zeugen zu 1½ Jahr Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

## Rundfunk

**Allgemeine Tageseinteilung:**

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

**Freitag, den 18. November 1927:** 16.30—17.30: Im Volkston. — 17.30: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18.15—18.45: Abt. Medizin. — 19—19.30: Stunde der Deutschen Reichspost. — 19.30—19.50: Dr. Peter Epstein: „Frau Schrekers symphonisches Schaffen“. — 20: Uebertragung auf den Deutschlandsender Wellen 1250: Großer Konzerthaussaal: Symphoniekonzert. — Anschließend an die Abendberichte: Zehn Minuten Esperanto.

**Sonnabend, den 19. November 1927:** 15.45—16.05: Uebertragung aus Gleiwitz: Stunde mit Büchern. — 16.05—16.30: Stunde mit Büchern. — 16.30—17.50: Unterhaltungskonzert. — 17.50—18.10: Abt. Wirtschaftsgeschichte. — 18.10—18.30: Walter Schimmel-Falkenau: „Die Filme der Woche“. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Abt. Schulwesen. — 19.30—20: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 20.10: Der Tanz durchs Leben.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.